



KREIS

21. Mai 2014 | Von aus |

## Es fehlen noch 200 Unterschriften

Windkraft – Gegner von weiteren Anlagen fordern Bürgerentscheid in Groß-Umstadt

### **Gegen den möglichen Bau von neuen Windkraftanlagen im Umstädter Stadtwald formiert sich Widerstand: Gegner wollen einen Bürgerentscheid erreichen. Noch aber fehlen Unterschriften.**

GROSS-UMSTADT. Gerade erst sind die Fiege-Gegner im benachbarten Dieburg mit der Einleitung eines Bürgerentscheids gegen den städtebaulichen Vertrag zum Großprojekt gescheitert, da formiert sich in Groß-Umstadt eine Bürgerfront gegen den Bau weiterer Windkraftanlagen auf den städtischen Höhen. Am Dienstag haben drei Vertreter der „Ebigu“ (engagierte Bürgerinnen und Bürger in Groß-Umstadt) Bürgermeister Joachim Ruppert 1457 Unterschriften für einen Bürgerentscheid gegen einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Ausschreibung dreier Standorte im Groß-Umstädter Stadtwald übergeben. Zum Quorum fehlen noch 226 Unterschriften, die Bürgerinitiative (BI) hat dafür noch einige wenige Tage Zeit.

Zehn Prozent der Wahlberechtigten müssen den Antrag unterschreiben. Das sind in Groß-Umstadt 1683 Bürger. Es gibt zudem eine Frist für das Sammeln der Unterschriften. Sie beträgt acht Wochen ab Bekanntgabe des Beschlusses, gegen den sich das Begehren richten soll.

In der BI agieren zum Teil Windkraftgegner, die schon gegen den Bau der beiden Anlagen vom Typ Enercon E 82 auf dem Binselberg massiv opponiert haben. Ihre Argumente gegen solche Anlagen im Binnenland reichen von mangelnder Effizienz bis hin zur Landschaftsverspargelung.

Zu Besuch bei Ruppert waren am Dienstagmorgen Peter Geisinger, Frank Loozer und Helga Berthold. Geisinger erläuterte die Intention der „Ebigu“: Man wolle eine Entscheidung der Groß-Umstädter Bürger auf möglichst breiter Ebene. Diese Breite sei in der Vergangenheit auf den Energieforen nicht gegeben gewesen, die sich auf Antrag der SPD-Fraktion beteiligungsoffen mit der energetischen Zukunft der Stadt beschäftigt haben. Am Ende hätten gerade einmal rund 100 Bürger über die Ermöglichung weiterer Anlagen zur Nutzung von Windkraft auf Groß-Umstädter Gebiet abgestimmt, die Entscheidung könne daher nicht als „politisch legitimiert“ angesehen werden.

### **Kosten werden auf 70 000 Euro geschätzt**

Die Formulierung der Frage, die den Groß-Umstädter Bürgern vorgelegt werden soll, zielt auf eine Art „Volksabstimmung“ und lautet: „Bevor städtisches Gelände für den Bau von Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt wird, ist dazu eine Bürgerbefragung durchzuführen.“ Die Verwaltungskosten für die Durchführung des Verfahrens kalkuliert die BI auf 70 000 Euro und verweist zur Finanzierung auf das Budget Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Bürgermeister Ruppert versprach mit Hauptamtsleiter und Hausjurist Bernhard Müller die Prüfung der überreichten Unterlagen und bezeichnete es als eine von der Hessischen Gemeindeordnung vorgegebene Selbstverständlichkeit, dass sich das Parlament mit dem Antrag auf einen Bürgerentscheid zur Windkraft befasse, wenn denn das Quorum erreicht werde.